

WEHRDA



WECKER

Zeitung der SPD Wehrda

im Januar 2008

Herausgeber: SPD-Ortsverein Wehrda -Der Vorstand- V. i. S. d. P.: Andreas Steih-Winkler, U. d. Gedankenspiel 54, MR-Wehrda



Für eine bessere Politik in Wiesbaden:

**Andrea Ypsilanti
und ihr Team!**

**Für unseren Wahlkreis
Dr. Thomas Spies
in den Landtag!**

Am 27. Januar 2008

SPD

Heutiger Inhalt:

**Jahresrückblick und Ausblick 2008 unseres
1. Vorsitzenden, Andreas Steih-Winkler**

**Bilanz zu Bildungs-, Verkehrs-, und Energie-
Politik der noch amtierenden Landesregierung**

Ausländische Straftäter und Erziehungslager

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
der Vorstand des SPD-OV Wehrda wünscht Ihnen auf
diesem Wege alles Gute für das Neue Jahr, Gesundheit
und viel Erfolg.

Kaum sind wir aus einem Jubiläumsjahr heraus, folgt
schon das nächste Jubiläum: das Diakonissen-
Mutterhaus in Wehrda feiert im Jahr 2008 Hundert-
jähriges Bestehen. Von uns auf diesem Wege alle
Guten Wünsche und alles Gute für die nächsten
Hundert Jahre. Es werden in diesem Zusammenhang
eine Reihe von Veranstaltungen angeboten, denen wir
regen Zuspruch wünschen. Sie finden die Termine im
Veranstaltungskalender 2008, der vom Ortsvorsteher
herausgegeben wurde.

Wir blicken an dieser Stelle auf ein erfolgreiches
Jubiläum und Dorffest zurück. An dieser Stelle wollen
auch wir unseren Dank an die Veranstalter, Teilnehme-
rinnen und Teilnehmer und alle Besucherinnen und
Besucher und ausdrücklich an den **Fischereiverein
Marburg** und Umgebung e.V., an Ortsvorsteher Roger
Pfalz und Herrn Hans Visosky, aussprechen, die die
tragenden Organisatoren des Dorffestes waren.

Wir als SPD-Ortsverein blicken etwas wehmütig zurück,
da wir uns für die in diesem Rahmen von uns
angebotenen Veranstaltungen eine etwas größere

Resonanz erwartet hätten. Unser Dank gilt hier deshalb allen
für ihr Interesse und ihre Teilnahme an unseren Veranstal-
tungen. Dank gebührt natürlich auch unserem Organisator,
Dieter Woischke, zum einen für die interessanten
Informationen und zum anderen für die Organisation der
Wanderungen.

Soweit der Rückblick. Der erste Wehrda Wecker 2008
erscheint natürlich nicht ohne aktuellen politischen
Hintergrund. Streng nach dem Motto „Nach der Wahl ist vor
der Wahl“ werden die Hessischen Wählerinnen und Wähler
am 27. Januar an die Wahlurnen gebeten. Nach dem für uns
unbefriedigenden Ausgang der Landratswahl im Landkreis –
Dank an Manfred Barth für die geleistete Arbeit;
Glückwunsch an Herrn Fischbach - schauen wir voll
Spannung und voll großer Erwartungen nach vorne.

Wir wissen, dass die von uns in Wiesbaden aufgegebenen
Kandidaten sicher unser Land Hessen wieder in eine
politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufwärts-
bewegung bringen werden. Die Regierung Koch hat an allen
Ecken und Enden abgewirtschaftet.

Nun wird von dort versucht, mit einer Kampagne gegen
kriminelle ausländische Jugendliche ihr eigenes Versagen
zu vertuschen: nur dort, wo jeder gleiche Chancen auf
Bildung und Beruf hat, kann gerade jugendliche Kriminalität
verhindert werden. Die Zusammenhänge sind
wissenschaftlich erwiesen, finden aber gerade hier in
Hessen auf Regierungsebene kaum Gehör. Bildungsgrad
und Kriminalitätsrate sind eng miteinander verknüpft: je
geringer der Bildungsgrad, um so eher werden Menschen,
vor allem Jugendliche, zu Straftätern.

Wir müssen also wieder weg von einer durch die Höhe des
Einkommens bestimmten Elitenbildung, wie sie durch
Studiengebühren und der verkürzten Schulzeit unter den
gegebenen Voraussetzungen gefördert werden. Die
verkürzte Schulzeit erhöht den Druck auf Schüler und die

Familie. Fehlen familiär die Voraussetzungen, selbst helfen zu können oder teuren Nachhilfeunterricht einzukaufen, fallen hier schon die Kinder durch das Raster, denen an den Schulen die Aufmerksamkeit gelten sollte, besser, gelten müsste. Hier muss dringend umgedacht werden! Es geht nicht darum, an Hand von Lehrplänen banal Unterricht zu erteilen, sondern es geht darum, unseren Kindern das Lernen beizubringen, ihnen die Neugier zu erhalten und letztlich das Hinterfragen von Sachzusammenhängen zu fördern.

Umweltpolitisch ist und muss uns auch klar sein, dass innerhalb übersehbarer vielleicht 40, vielleicht aber auch „erst“ 50 Jahren die fossilen Brennstoffe Kohle, Gas und Mineralöl am Ende sind. Wir spüren bereits heute die Teuerung. Auch hier muss vollständig umgedacht werden. Wenn nicht sehr bald auf regenerative Energien umgestellt wird – Windenergie, Solarenergie, Wasserkraft – müssen vielleicht schon unsere Kinder, also die nächste Generation, dies zum Beispiel durch sinkenden

Lebensstandard bei immer weiter steigenden Energiepreisen ausbaden. Ich kann mir die Konsequenzen nur schwer ausmalen, sehe aber hier ein riesiges Defizit bei der derzeitigen Landesregierung.

Allein schon auf diesen beiden Politikfeldern bieten die Kandidaten der SPD mehr als die derzeit Regierenden, die für Stagnation, Rückschritt und Ratlosigkeit stehen.

Hessen braucht endlich wieder eine Regierung, die maßgeblich von Sozialdemokraten und deren Kandidaten geführt wird. Lassen Sie sich als Leser dieses Wehrda Weckers von unseren Argumenten überzeugen, sprechen Sie uns an, oder äußern Sie Ihre Meinung in Gästebuch auf unserer Internet-Seite: www.spdwehrda.de.

Treffen Sie am 27. Januar die richtige Wahl für Hessen!

Vielen Dank und viele Grüße

Andreas Steih-Winkler

Bilanz zur Bildungs-, Verkehrs-, und Energiepolitik der noch amtierenden Landesregierung

Vor einer Landtagswahl bietet es sich an, Bilanz zu ziehen. Gibt es Gründe für einen Wechsel der politisch Verantwortlichen?

Bildungspolitik

Die Bildungspolitik ist ein - wenn nicht der - Kernbereich der Landespolitik. Die Landesregierung, Frau Ministerin Wolff und Ministerpräsident Koch sprechen seit Jahre von großen Fortschritten auf diesem Gebiet. Was jedoch ist die Realität?

Die **Schulzeitverkürzung im Gymnasium um 1 Jahr**, auch G8 (Klassen 5 bis 12 statt bis 13) genannt, hat zu einer so starken Belastung der Schüler und Schülerinnen geführt, dass mittlerweile zurück gerudert wird. Auf starken Druck der Elternvertreter und von Fachleuten versucht man nun, im Eilverfahren die Lehrpläne zu entrümpeln. Es wurde eine Kommission gebildet, in der Eltern- und Lehrervertreter diese Arbeit vorbereiten sollen. Dies ist ein bemerkenswertes Verfahren: zunächst schafft man Probleme und dann lässt man diejenigen, die darunter zu leiden haben, das Problem lösen.

Die so genannte „**Unterrichtsgarantie plus**“ schafft eine Schule, die Schüler und Schülerinnen bei Unterrichtsausfall nicht nach Hause schickt. Unterricht findet aber oft in diesen Stunden nicht statt. Auf die Frage, was sie in dem Vertretungsunterricht denn machen solle, erhielt eine Vertretungskraft die Antwort, sie solle machen, wozu sie Lust habe, einfach das, was sie schon immer einmal hätte machen wollen.

Die zusätzlich vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für die Ganztagsschulprogramme wurden vom CDU-dominierten Landkreis nur sehr zögerlich abgerufen. Die Mittagsbetreuung wird von der Stadt Marburg, Oberbürgermeister Egon Vaupel und Schuldezernentin Weinbach vorangetrieben. Was macht die Landesregierung als Belohnung für dieses Engagement? Sie kürzt die Zuschüsse für die Projekte. Für die Betreuungsangebote an Grundschulen in Marburg – damit auch bei uns in Wehrda – wurde die Landesförderung gekürzt:

	2002	2008	Veränderung
Aufwand Stadt MR	777.280,24€	1.262.605,00€	+ 485.324,76€
Entgelte Eltern	154.000,00€	250.000,00€	+ 96.000,00€
Zuweisung Land	97.577,35€	76.699,64€	- 20.877,71€

Im gleichen Zeitraum wurden die Landeszuschüsse für die Stadtbücherei und die Volkshochschule von 98.902,00 € auf 65.000,00 € gekürzt (Quelle: Haushaltsrede von Oberbürgermeister Vaupel, Homepage der Stadt Marburg).

So also will die Landesregierung konkret die Bildungschancen in Marburg verbessern! Bei wichtigen Fragen stellt man aber fest, dass die Landesregierung das das alte Sprichwort: Wer bestellt, bezahlt – sehr eigentümlich auslegt, wie die Tabelle zeigt.

Bei den Aufwendungen für Forschung und Lehre pro Studienanfänger im Fachbereich Medizin erreicht das Land Hessen im Jahr 2004, neuere Zahlen liegen nicht vor, einen grandiosen letzten Platz im Ländervergleich der Bundesrepublik. (Quelle ebd.) Der Fußballfan würde an dieser Stelle sagen: „Willst du Hessen vorne sehen, musst du die Tabelle drehen“. Im Gegenzug wird das Klinikum Marburg, von Steuergeldern finanziert – im Falle der Kardiologie auch durch Spenden Marburger Bürger und Bürgerinnen – weitgehend verschenkt. Der Preis, den die Rhönklinik AG entrichtet, repräsentiert in Marburg vermutlich noch nicht einmal den Wert der Grundstücke.

Frau Wolff lässt zu, dass in hessischen Schulen der Kreationismus Einzug hält. Kreationisten leugnen die Evolution und sehen stattdessen die Welt und die Lebewesen in einem Schöpfungsakt entstanden. Dies mag im Religionsunterricht ein berechtigtes Unterrichtsthema sein, nicht aber im Biologieunterricht. Was kommt als nächstes? Astrologie und Pendeln im Physikunterricht? Wahrsagen in den Gesellschaftswissenschaften?

Ein besonders dreistes Stück hat jedoch Ministerpräsident Koch selbst abgeliefert. Macht er doch die Kinder aus Zuwanderungsfamilien für die schlechten Ergebnisse deutscher und hessischer Schüler und Schülerinnen in der Pisa-Studie verantwortlich. Diese Aussage ist ebenso falsch wie hinterhältig. Die Leistungen in den Grundschulen haben sich deutlich verbessert. Gibt es dort keine Kinder, die Deutsch nicht als Muttersprache haben. Damit will Herr Koch wohl die Lufthoheit über den Stammtischen erkämpfen. Das Verfahren hat schon einmal sehr gut funktioniert. Erinnerung sei an seine Postkartenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Typisch in diesem Zusammenhang ist die tatsächliche Aussage einer netten alten Dame, die mit dem Satz: „Wo kann ich denn hier gegen die Ausländer unterschreiben?“ an einen Wahlstand der CDU trat.

Marburg und Wehrda sind Orte, die von einer erfreulichen kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt gekennzeichnet sind. Die CDU scheint damit einige Probleme zu haben. In einem Beitrag auf dem CDU Stadtverbandsparteitag listen Herr Pfalz und Herr Stompfe unter den besonderen Leistungen der CDU das Verhindern des Entstehens einer neuen Moschee auf. Vielleicht wäre hier ein kurzer Blick in unsere Verfassung hilfreich, (Artikel 4 (1): Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.). Das sieht auch Parteifreundin und CDU-Oberbürgermeisterin Roth in Frankfurt so.

Nun mag man diese Aussage vor dem Hintergrund der Debatte um die Gefährdung durch moslemischen Terroris-



mus noch verstehen, keineswegs kann man ihn aber billigen. Es stellt aber keinen Sonderfall dar. Bei der 775-Jahrfeier Wehrdas war das Gedenken an die Toten des I. Weltkriegs und des II. Weltkriegs an den Ehrenmalen selbstverständlicher Bestandteil des Festaktes. An den Kriegerdenkmälern sehen sie jeweils 3 Blumensträuße, bei der Gedenktafel für die vertriebenen jüdischen Bürger Wehrdas aber nur einen Strauß, der von der SPD dort niedergelegt wurde.

Dieser Umgang mit dem Gedenken an unsere jüdischen Bürger ist umso ärgerlicher, weil vor einigen Jahren die Finanzverantwortlichen der CDU von „jüdischen Erbschaften“ sprachen, als es darum ging, die Herkunft, des Schwarzgeldes auf Liechtensteiner Konten zu erklären. Derjenige, der damals den „brutalsten möglichen Aufklärer“ rettete, weil er die Lüge auf sich nahm und als Leiter der

Staatskanzlei zurück trat, wurde wenige Jahre darauf mit dem Amt des Verteidigungsministers belohnt!

Verkehrspolitik

Die Landesregierung ist ein Förderer des Straßenverkehrs und des Straßenbaus. Zu Recht wenden hier viele ein, der Straßenverkehr ist ein Motor unserer Wirtschaft, die Straßen, vor allem die Fernstraßen, sind gleichsam die Adern unseres Wirtschaftslebens. Dem kann man kaum widersprechen. Dennoch sollte man bei den politischen Entscheidungen auch andere Interessen berücksichtigen. Kürzlich gab es in Marburg und auch hier in Wehrda eine Diskussion über eine Machbarkeitsstudie für den Bau der A4 zwischen Olpe und Hattenbach, die auch an Michelbach, Wehrda und anderen Orten unserer Heimat vorbeiführen sollte. Rasch regte sich Widerstand und ebenso rasch verkündeten hiesige CDU Politiker, diese Streckenführung habe keine Realisierungschance. Alles in Ordnung? Die Debatte um das angebliche Nachtflugverbot beim Ausbau des Flughafens Frankfurt zeigt allerdings, was von den Zusicherungen der Landesregierung in

diesem Zusammenhang zu halten ist. Die Bürger in Wehrshausen und Michelbach bleiben aufmerksam und skeptisch,.....**wir sollten es auch sein!**

Finanziert wurde diese Studie vom Land Hessen und dem angrenzenden Landkreis in NRW, das Land NRW wollte sich nicht beteiligen. Wenn politische und wirtschaftliche Interessen sich unmittelbar verbünden ist die Frage zu stellen: "Wem nützt es?" Eine weitere Information machte die Runde. Das Unternehmen Viessman in Allendorf - die geplant Autobahn würde dort in der Nähe vorbeiführen - hat den Beförderungsvertrag mit der Deutschen Bahn gekündigt. Beide Informationen haben natürlich nichts mit einander zu tun.

Auch in Marburg und in Wehrda gibt es eine große Zahl von problematischen Verkehrssituationen. Bei der Debatte um die Umgestaltung der Universitätsstraße hat die CDU im Stadtparlament deutlich gemacht, dass sie dem Straßenverkehr vor anderen berechtigten Interessen den Vorrang einräumt. In Wehrda gibt es eine unzumutbare Verkehrsbelastung. Die Debatte um eine Verkehrsberuhigung in Wehrdaer Straße/Wehrdaer Weg dauert schon viele Jahre, eine Lösung hat es bisher nicht gegeben. Ein weiterer, mindesten genauso gravierender Problembereich ist das Verkehrsaufkommen in der Goßfeldener/Cölber Straße. Vor längerer Zeit gab es eine Zählung, die an Werktagen von 15 000 Fahrzeugen in diesem Bereich berichtet. Die Fahrzeuge kommen über Goßfelden zum Kreisel und fahren dann entweder direkt über den Wehrdaer Weg in die Stadt oder sie biegen am Kreisel nach links in Richtung Einkaufszentrum/B3a ab. Es handelt sich hierbei durchweg um Durchgangsverkehr aus Richtung Wetter bzw. Biedenkopf, der die Anbindung an die B3a durch aufwendige Baumaßnahmen im Bereich Cölbe/Göttingen nicht annimmt. Die Anwohner der o. g. Strassen werden dadurch unzumutbar belastet. Dies ist ein Beispiel dafür, welche Folgen es haben kann, wenn man ausschließlich den Interessen des Verkehrs den Vorrang einräumt.

Energieversorgung

An den beiden Wahlständen in der Ernst-Lemmer-Str. von SPD und CDU bei der Landratswahl erschien eine Dame und sagte, sie würden den wählen, der dafür Sorge, dass die Windräder an der Weinstraße wieder verschwinden. Ein Herr von der CDU hat ihr sofort beigeppflichtet. Auf die spätere Nachfrage an die gleiche Person, wie es denn zusammenpasse, dass die CDU hier als Naturschützer auftrete, in Frankfurt aber für den Ausbau des Flughafens eine riesige Waldfläche opfern und man eine ganzes Chemiewerk in die Nähe von Wohnbebauung verlegen will, blieb er die Antwort schuldig.

Nun kann man über Aussehen von Windrädern durchaus geteilter Meinung sein: ein Kernkraftwerk hat vielleicht mit seinem „geschwungenen“ Turm einen gewissen architektonischen Reiz, ob man die "Stadtautobahn" zumindest als „spröde Schönheit“ durchgehen lässt, ist Geschmackssache, das Problem der Energieversorgung ist jedoch doch keine Frage des Aussehens und des Geschmacks. Vieles spricht dafür, dass das Zusammenwirken unterschiedlicher Formen der Energiegewinnung die einzig mögliche Lösung in dieser Hinsicht bietet. In Marburg hat man diesen Weg begonnen. Es gibt Windkraft, die Solartechnik - mit einer erfreulich hohen Bürgerbeteiligung - gewinnt an Bedeutung, Blockheizkraftwerke, sie haben übrigens einen höheren Wirkungsgrad als Atomkraftwerke, wurden von der Stadt vorgebracht, in der Umgebung sollen Kraftwerke auf der Basis von Biogas entstehen. Nur so kann die Abhängigkeit

von fossilen Brennstoffen und der Atomkraft abgebaut werden. Eine neue Landesregierung sollte dies unterstützen und nicht der Verlängerung der Laufzeit von uralten und störanfälligen Atomkraftwerken das Wort reden. Auch die FDP scheint in der Frage der Laufzeit von Atomkraftwerken allein die wirtschaftlichen Interessen der großen Energiekonzerne im Blick zu haben. Eine Frage: Wie würden sie sich fühlen, wenn in ihrem Haus die Hälfte der Befestigungsdübel für sicherheitsrelevante Bauteile ausgetauscht werden müssten weil sie falsch herum eingebaut worden wären? Die Menschen die in der Nähe von Biblis wohnen - das sind bei einem schweren Schaden auch wir hier in Marburg - müssen sich diese Frage eigentlich täglich stellen. Verglichen damit ist die ungenügende Sicherung des Reaktors gegen terroristische Angriffe eher konstruiert. Es fällt allerdings auf, das der Bundesinnenminister, der nicht müde wird, vor der Gefahr von terroristischen Anschlägen zu warnen, und seine CDU Kollegen, bei der Beschreibung der Bedrohungslage die Gefahr von Angriffen auf Reaktoren nicht in den Vordergrund stellen, obwohl dies ihr Vorhaben, auch mal ein Flugzeug abschießen zu können, doch stützen dürfte.

Da offensichtlich unserem geliebten Ministerpräsidenten ein wirklich spannendes Wahlkampfthema fehlt, hat er sich ein in Hessen besonders massenwirksames Thema gesucht:



Nachdem er es geschafft hat, dass der Apfelwein in der EU auch weiter so heißen darf, wird er ebenso dafür kämpfen, dass wir Hessen auch in Zukunft für den Handkäs' mit Musik keine Gema-Gebühren zahlen müssen!!

Ausländische Straftäter und Erziehungslager

Am Jahresende hat die CDU nun offensichtlich ihr Wahlkampfthema gefunden. Es gibt zu viele **ausländische** jugendliche Straftäter, sagt unser Ministerpräsident. Nach

allgemeinem Entsetzen über diese Parolen wurde versucht, die Kuh vom Eis zu zerrren und man hat in der Bundes-CDU die neue Parole ausgegeben, es gäbe zu viele **jugendliche** Straftäter. Es war wohl doch zu peinlich, dass der Landesverband der NPD Roland Koch Unterstützung anbot. Nun, wo die CDU Recht hat, hat sie Recht! Es gibt zu viele Straftäter! Die Gesellschaft und die Politik sollten große Anstrengungen unternehmen, die Zahl der Straftäter und die Zahl der rückfälligen Straftäter zu mindern. Welche Vorschläge werden gemacht? Man will die jugendlichen Straftäter früher und länger ins Gefängnis stecken und nach amerikanischem Vorbild Erziehungslager einrichten. Übersehen wird dabei, dass die Rückfallquote jugendlicher Gefängnisinsassen bei ca. 80 % liegt; der sog. Kurzarrest könnte bei gewaltbereiten jugendlichen Tätern sogar zum Statussymbol in der Clique werden. Die Erziehungslager sind verfassungsrechtlich ein Problem. Artikel I des Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, Täter sind nun aber auch Menschen und deshalb sind entwürdigende Erziehungsmethoden bei uns nicht erlaubt. Allerdings könnte man ja mal bei den rechtsradikalen Wehrsportgruppen nachfragen, da ließe sich mancher „Fachmann für Erziehungslager“ rekrutieren und es würden auch noch Arbeitsplätze geschaffen.

Nun könnte man die Aussagen unseres Ministerpräsidenten als „unbedacht“ bezeichnen. Leider sind sie aber nicht „unbedacht“, sondern sehr wohl kalkuliert. Schon 1999 hat er mit seiner Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft die Wahl mit dem Schüren von Vorbehalten gegen Ausländer gewonnen. Auch die CDU in Marburg schreibt in ihrem letzten Infoblatt stolz, man habe ein Islamzentrum verhindert und damit verfassungsfeindliche Islamisten bekämpft, ohne dafür den Beweis anzutreten. Die Bereitschaft der CDU in Wehrda, sich an dem Gedenken an die vertriebenen und getöteten jüdischen Bürger aus Wehrda zu beteiligen, war nicht zu erkennen. Man könnte sich die Frage stellen, welche Farbsymbolik beim Info-Blatt der CDU „schwarz auf weiß“ mit seinem hellbraunen Titelstreifen Pate gestanden hat. Mittlerweile wird zurück gerudert. Nachdem viele Fachleute, Kriminologen, Richter, Anwälte und sonstige Experten die Vorschläge von Koch in der Luft zerreißen. Er spricht jetzt plötzlich von Respekt und Werten, nachdem er mit seiner Demagogie gegen Ausländer zur sehr auf Widerstand stößt. Motto: **"Mal wieder als Tiger los gesprungen und als Bettvorleger gelandet!"**

"Die Menschen wollen keine lauten Töne, sondern Lösungen. Und da hat Herr Koch in der Integrationspolitik ebenso wenig zu bieten wie bei der Inneren Sicherheit. 1000 Polizeistellen einzusparen und dann einen auf schwarzen Sheriff machen passt nicht zusammen." (Andrea Ypsilanti im Welt-Interview am 01. Januar 2008)

Für eine bessere Politik in Wiesbaden:

**Andrea Ypsilanti
und ihr Team!**

Und für unseren Wahlkreis:

**Dr. Thomas Spies
in den Landtag!**

Am 27. Januar 2008

SPD 

